

### Zirkel zum Parteilehrjahr

# partei lehrjahr aktuell

**Thema 7:**  
**Die Vereinigung  
der KPD und SPD zur  
Sozialistischen  
Einheitspartei  
Deutschlands.  
Die SED als  
führende Kraft des  
antifaschistisch-  
demokratischen  
Neubeginns  
(1946-1948).**

## Geschichte der

Am 1. April 1946 traf die Regierung eine für den demokratischen Aufbau bedeutsame Entscheidung. Mit dem Befehl Nr. 167 der Regierung wurde die Liquidation aller Parteien und anderer Organisationen der Weimarer Republik beschlossen. Diese Entscheidung war nicht zweifellos auch im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der westlichen Besatzungsmächte im April 1945 zu sehen. Am 29. März 1946, der Tag der Einberufung der ersten Industriekapazitäten und der bestimmter Produktion in den westlichen Besatzungsmächten wie Leuna, Bitterfeld, Espenhain, Zeitz. Maßstab nach diesen Besatzungsmächten bzw. dem Zusammenbruch der westlichen Besatzungsmächte oder konnten nur als Eigentum weiterbestehen. Die Wahl des letzten Weges der neuen Rolle der sozialistischen Arbeiterpartei und ihrer strategischen Zielsetzung bedeutungsvollen Produktionsanlagen, Ausrüstungen und Maschinen für eine schnelle Wiederaufbau und im Zusammenhang mit der demokratischen Revolution war somit gegeben. Die Betriebe zu erhalten und zu entwickeln, um sie zu gegebener Zeit in die Hände der deutschen Werktätigen zu übergeben. Zu diesen SAG-Betrieben im Raum Leipzig u. a.

die Betriebe Bleichert (VEB VTA „Paul Fröhlich“), Unruh und Liebig (VEB Schwermaschinenbau „S. M. Kraw“) und das Kombinat flüssige Brennstoffe Böhlen (VEB „Otto Grotewohl“ Böhlen).

Die Rolle der SAG-Betriebe und ihre Befestigung für den revolutionären Umwälzungsprozess umfasst mehrere Aspekte:

- eine besondere Methode der Wiedergutmachung, denn der von den sowjetisch-deutschen Kommissionen



Der ehemalige SAG-Betrieb Bleichert - heute VTA „Paul Fröhlich“ - wurde 1953 übergeben. Foto: ADN/ZB

## SAG-Betriebe waren Zentren für Formierung der Arbeiterklasse

errechnete Zeitwert wie auch alle Lieferungen der Betriebe wurden voll auf das Konto Reparationen verrechnet:

- eine besondere Form der Hilfe für den Wiederaufbau und Neuaufbau der Friedenswirtschaft und die Stärkung des volkseigenen Sektors, denn sie waren von Anbeginn in die Wirtschaftsplanung der Länder und Provinzen, der DWK und dann der Staatlichen Plankommission einbezogen und produzierten ab Januar 1947 im erheblichen Umfang für die Belange unserer Volkswirtschaft, die Deckung des Bevölkerungsbedarfs und den Export;
- bedeutende Zentren für die Formierung eines Teils der Arbeiter-

schon Besatzungsmacht die Erfahrungen der KPdSU aneignen konnte; — Schulen der sozialistischen Wirtschaftsführung und des proletarischen Internationalismus für diesen Teil der Arbeiterklasse, für viele Angehörige der alten Intelligenz und Tausende neuer Leitungskader; — Keimzellen der deutsch-sowjetischen Freundschaft, des Studiums der Kultur der Sowjetunion und sowjetischer Neuerungsmethoden.

In den SAG-Betrieben Borna/Espenhain waren z. B. über 70 Prozent der Beschäftigten in der DSF organisiert, in Deutscher über 83 Prozent. Die SAG-Betriebe unterstanden von Anbeginn der Gesetzgebung in der

klasse (über 320 000 Beschäftigte ohne SAG-Werke), in denen durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den sowjetischen Klassenossen die Organisiertheit in SED, FDGB, FDJ u. a. erleichtert und gefördert wurde:

- große Produktionsstätten, in denen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen in bisher nicht gekanntem Maße die wissenschaftliche Weltanschauung verbreiten und sich in unmittelbarer Zusammenarbeit mit den Repräsentanten der sowjetischen

sovietischen Besatzungszone, waren den volkseigenen Betrieben völlig gleichgestellt, hatten den strukturellen Aufbau und waren in die Wirtschaftsplanung einbezogen. So war die Einordnung der SAG-Betriebe bei der Übergabe an die DDR zahllos und ohne Planänderungen möglich.

Die etappenweise entschädigungslose Übertragung dieser Betriebe an die DDR — 1947, 1950, 1952, Ende 1953 — war ein kaum meßbares Geschenk an unsere Werktätigen, ein unschätzbare Beweis der Freundschaft und des proletarischen Internationalismus.

In Zahlen nicht faßbar ist die gewachsene Kampfkraft der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen, die sich in der Zusammenarbeit mit den sowjetischen Genossen zu starken Leitungsorganen entwickelten, die Betriebsangehörigen in der Produktion, im Wettbewerb, in der Neuerungsbewegung zu hohen Leistungen führten und durch die wirksame politisch-ideologische Erziehungsarbeit viel zur Entwicklung sozialistischer Persönlichkeiten beitrugen.

Im ehemaligen SAG-Betrieb Bleichert hatten der Träger des Ordens „Banner der Arbeit“ Horst Haack, die „Verdienten Erfinder“ Wilhelm Sammet und Willy Walter, eine große Zahl „Verdienter Aktivisten“ und Hunderte von „Aktivisten“ großen Anteil an der sich entwickelnden Kampfgemeinschaft mit den sowjetischen Genossen.

Prof. Dr. Günter Koppelman



## Traditionskalender

### Prozesse Ereignisse Persönlichkeiten

## Im Sinne von Prof. Rudolf Arzinger noch eine größere Praxiswirksamkeit erreichen

Seine umfangreichen wissenschaftlichen Leistungen fanden große internationale Anerkennung. Herausragend ist seine Tätigkeit als wissenschaftlicher Berater beim Verbandsprozess der KPD in der BRD. Seine Dissertation befaßte sich mit der völkerrechtlichen Bedeutung der Verträge von Bonn und Paris, und Teile davon wurden 1954 veröffentlicht. Große Verdienste erwarb er sich bei der Verbreitung sowjetischer Fachliteratur in der DDR, so übernahm er allein die Redaktion von 97 Artikeln zu rechtswissenschaftlichen Fragen für die Zeitschrift „Sowjetwissenschaft“. In enger Verbindung mit der Praxis — Arzinger war Mitglied des Kollegiums des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten — befaßte er sich in seiner wissenschaftlichen Arbeit mit grundlegenden politischen und völkerrechtlichen Problemen der Nachkriegsentwicklung in Europa, wobei die Anwendung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz auf die Beziehungen der beiden deutschen Staaten im Vordergrund stand.

Seine Forschungsergebnisse umfaßten dabei drei Bereiche: erstens eine umfassende Analyse des Selbstbestimmungsrechts der Völker als zwingendes Grundprinzip des Völkerrechts; zweitens die Begründung der Notwendigkeit, die Beziehungen DDR — BRD auf der Grundlage der völkerrechtlichen Grundprinzipien zu regeln und drittens die Darlegung zum Status von Westberlin.

Sicheres Ergebnis dieser Forschungen ist das Buch „Das Selbstbestimmungsrecht im allgemeinen Völkerrecht der Gegenwart“, das 1966 erschien und noch heute zur Standardliteratur gehört.

Durch sein Wirken hat Arzinger Maßstäbe gesetzt. Dieses Umstande sind sich die Mitarbeiter des von ihm 1969 gegründeten Instituts bewußt. Sie werden ihnen gerecht, indem sie die neuen höheren Anforderungen der Partei- und Staatsführung — wie sie im Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 18. März 1969 formuliert sind — in höchster Qualität erfüllen. Ein Schwerpunkt neben den Aufgaben bei der kommunistischen Erziehung der Studenten ist dabei die Praxiswirksamkeit unserer Forschungsergebnisse. So hat z. B. der Bereich Völkerrecht die unter Arzinger begangenen Arbeiten zur Kodifikation der Staatennachfolge im Rahmen der UNO fortgeführt und auf eine qualitativ neue Stufe gestellt, indem durch ein ganzes Forschungskollektiv zu Teilspekten der Konventionenentwürfe der UNO Dissertationen, Studien und Artikelvorschläge ausgearbeitet wurden. Diese Materialien wurden in enger Verbindung mit der Praxis erstellt. Aber auch als Ganzes konnte das IIS, das im vergangenen Jahr seinen zehnten Geburtstag mit einer internationalen Konferenz würdig begeht (die Ergebnisse sind im Heft 1/79 der WZ veröffentlicht), seine Praxisber-

ehungen ausbauen. So besteht eine Arbeitsvereinbarung mit der UNESCO-Kommission der DDR, auf deren Basis Zusammenarbeiten zu UNESCO-Projekten in den Bereichen Gesellschaftswissenschaften, Kultur und Kommunikation geleistet werden. Mehrere Wissenschaftler des IIS konnten diese Forschungsergebnisse bereits international vertreten, indem sie die DDR auf UNESCO-Konferenzen vertraten.

Darüber hinaus konnten wesentliche Fortschritte bei der interdisziplinären Arbeit am IIS erreicht werden. Für den Fünfjahreszeitraum bestehen nunmehr klare Vorstellungen über die Richtungen der Imperialismusauseinandersetzungen, und ihre Realisierung wird zielstrebig in Angriff genommen.

Mit diesen Aktivitäten wird das IIS den gestiegenen Anforderungen der Partei gerecht; zugleich ehrt es damit aber auch Arzinger, indem sein Werk weitergeführt wird. Der schöpferischen Anwendung seiner Erkenntnisse wird 1983 ein anläßliches Kolloquium dienen, auf dem es um neue Aspekte des völkerrechtlichen Grundprinzips des Selbstbestimmungsrechts geht, wobei in erster Linie der wissenschaftliche Nachwuchs seine Forschungsergebnisse vorzulegen soll.

Prof. Dr. Walter Pöggel  
Dr. Hans-Joachim Heintze

April 1970 verstarb Prof. Rudolf Arzinger. Er war ein Mann des Friedens, der die sozialistische Volkswirtschaft der DDR und die internationale Wissenschaftler. Das junge IIS mußte seinen Abschied nehmen von dem Mann, dessen Wirken als Mitarbeiter dieser Einrichtung Vorbild und zugleich Veranschaulichung war und ist.

Der Nachfolger Arzingers ist in der DDR ein Mann, der nach dem Faschismus die Aufgabe der Entfaltung der sozialistischen Rechtsstaatlichkeit in der DDR zu lösen übernommen am 23. März 1982 zum Leiter der Abteilung für die Partei der Arbeiterbewegung ernannt wurde. Er wurde dann Assistent des Direktors des Instituts für Staats- und Rechtswissenschaften. Während dieser Zeit befasste er sich mit einer Reihe von noch nicht variierten Themen, die letztendlich seinen wissenschaftlichen Ruf begründete. Im Jahr 1959 folgte dann die Ernennung zum Professor für Völkerrecht.

## Fragen, die uns bewegen

### Linke Parteien - größte Oppositionsgruppe Zu den Parlamentswahlen in Indien

Am 3. und 6. Januar 1980 fanden in Indien zum siebenten Mal seit Erringung der Unabhängigkeit Parlamentswahlen statt. Die gewaltige Zahl von 361,7 Millionen Wahlberechtigten war aufgerufen, in jedem der 542 Wahlkreise einen Abgeordneten für die Lok Sabha, das indische Unterhaus zu wählen. In den vorhergegangenen Jahren war das bürgerliche Regierungssystem Indiens in eine schwere Krise geraten, da es trotz bestimmter Erfolge keine Regierung gelungen war, mit den sich zuspitzenden inneren Problemen fertig zu werden. Der Gegensatz zwischen Reich und Arm nahm beängstigende Ausmaße an: Die Monopole festigten ihre Positionen, während Armut, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit und andere soziale Übel unter den werktätigen Massen erschreckend zunahm. Dazu gesellten sich anplappernde Preise, hohe Inflationsraten, rapide wachsende Korruption und Kriminalität sowie immer unverhüllter zutage tretende innere Machtkämpfe der herrschenden bürgerlichen Klasse. Auch die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft blieb natürlich nicht ohne Auswirkungen auf Indien.

Am 3. und 6. Januar 1980 fanden in Indien zum siebenten Mal seit Erringung der Unabhängigkeit Parlamentswahlen statt. Die gewaltige Zahl von 361,7 Millionen Wahlberechtigten war aufgerufen, in jedem der 542 Wahlkreise einen Abgeordneten für die Lok Sabha, das indische Unterhaus zu wählen. In den vorhergegangenen Jahren war das bürgerliche Regierungssystem Indiens in eine schwere Krise geraten, da es trotz bestimmter Erfolge keine Regierung gelungen war, mit den sich zuspitzenden inneren Problemen fertig zu werden. Der Gegensatz zwischen Reich und Arm nahm beängstigende Ausmaße an: Die Monopole festigten ihre Positionen, während Armut, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit und andere soziale Übel unter den werktätigen Massen erschreckend zunahm. Dazu gesellten sich anplappernde Preise, hohe Inflationsraten, rapide wachsende Korruption und Kriminalität sowie immer unverhüllter zutage tretende innere Machtkämpfe der herrschenden bürgerlichen Klasse. Auch die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft blieb natürlich nicht ohne Auswirkungen auf Indien.

All dies und eine Reihe anderer Umstände (insbesondere Mißbräuche während des von Mitte 1975 bis Anfang 1977 herrschenden Ausnahmezustandes) hatten bei den Parlamentswahlen 1977 eine Niederlage der von Indira Gandhi geführten Kongreßpartei zur Folge. Doch die daraufhin mit Anti-Indira-Lösungen an die Macht gekommene Parteienkoalition, die sich zur Janata-Partei konstituierte und Morarji Desai als Ministerpräsidenten nominierte, erwies sich als noch unfähiger und fiel bereits nach zwei Jahren auseinander; ein 1978 eingeleiteter Mißtrauensantrag brachte sie zu Fall. Die im Anschluß von der Lok Dal und dem INK-U 1) gebildete Übergangsregierung mit Charan Singh als dem Vertreter der nordindischen Apparbourgeoisie an der Spitze sah sich gezwungen, vorzeitig Parlamentswahlen anzusetzen, die regulär erst 1982 wieder fällig gewesen wären.

Zur Konsolidierung ihrer Macht löste die inzwischen vom INK-I gebildete Zentralregierung die Gesetzgebenden Versammlungen von neun Bundesstaaten, in denen die Regierungen nicht vom INK-I beherrscht sind, 3) mit der Begründung auf, daß ihr Fortbestehen nicht mit den Ergebnissen der Wahlen zum Zentralparlament in Einklang zu bringen sei, da sie das Vertrauen des Volkes verloren hätten, und setzte in ihnen Neuwahlen an.

Hoch eingeschätzt sind die Wahlerfolge der indischen Linken, die bedeutend mehr Sitze als 1977 erringen konnten. Zum ersten Mal traten die beiden kommunistischen Parteien Indiens, die CPI und die CPI (M) 4) nicht gegeneinander, sondern gemeinsam in einer Einheitsfront auf und wollen nun auch nach den Wahlen weiter zusammenarbeiten, um, gestützt auf verschiedene Massenbewegungen, vor allem für die Interessen der Werktätigen einzutreten. In den Bundesstaaten Kerala und Westbengalen errangen die kommunistischen Parteien die absolute Mehrheit der Parlamentssitze, was sich erneut bei den Wahlen zur Gesetzgebenden Versammlung in Kerala am 21. Januar bestätigte, wo die Kommunisten von 140 Sitzen 93 gewannen. Durch das Wahlergebnis können die linken Parteien Indiens im Unterhaus des Zentralparlaments die größte Oppositionsgruppe stellen, denn die CPI (M) gewann 35 Sitze (plus 1 bei Nachwahlen), die CPI 11 und kleinere linke Parteien 8.

Der Wahlkampf wurde von den bürgerlichen Parteien mit enormen, großteils von den Monopolen gestifteten finanziellen Mitteln geführt, die ihr Ziel in der Einsetzung einer stabilen bürgerlichen Regierung mit funktionierendem Verwaltungsapparat sahen, da sich während der Janata- und Lok-Dal-Regierungen gerade der Verfall der Administration als hinderlich für die weitere Durchsetzung ihrer Profitinteressen ausgewirkt hatte. Andere Begleiterscheinungen waren die Zersplitterung der führenden bürgerlichen politischen Parteien, Repressalien gegen fortschrittliche oder unliebsame Gegenkandidaten bis hin zu politischen Morden, besonders an Kommunisten. Außerdem kennzeichnete diese Wahlen ihre Personalisierung. Im Vordergrund standen führende Persönlichkeiten Indira Gandhi für den INK-I, Jagjivan Ram für die Janata-Partei und Charan Singh für die Lok Dal.

Die traditionsreiche Kongreßpartei hat somit ein weiteres Mal unter Leitung von Indira Gandhi die Möglichkeit erhalten, die Geschicke des nach China vollreichsten Staates der Erde zu lenken.

Da der INK-I die absolute Mehrheit errungen hatte, wurde Frau Gandhi am 14. Januar mit der Regierungsbildung beauftragt. In ihrer Regierungserklärung, die Staatspräsident N. S. Reddy am 23. Januar auf einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser (Lok Sabha und Rajyasabha) des Zentralparlaments vortrug, nannte Frau Gandhi als eine vorrangige Aufgabe die „Wiederbesetzung“ der Ökonomie. Des weiteren soll das 1975 verkündete „20-Punkte-Programm“, das auf die Verbesserung der Lage der armen Bevölkerungsschichten (Kleinbauern, Landarbeiter, Dorfhandwerker, Harijans usw.) gerichtet ist, fortgeführt werden. Auch die auf den von Jawaharlal Nehru, Frau Gandhis Vater, geprägten Prinzipien des Friedens und der Nichtpolarkontinuität beruhende Außenpolitik bleibt ein wesentlicher Bestandteil ihres Programms. Außerdem betont sie die dauerhafte Freundschaft zur Sowjetunion, die Zuverlässigkeit und gegenseitiges Verständnis kennzeichnen.

Die Enttäuschung der Volksmassen über die Nichterfüllung der in den vorausgegangenen Wahlen gegebenen Versprechen zur Beseitigung von Armut, Not und Elend drückte sich in der bisher geringsten Wahlbeteiligung aus. Nur 200,7 Millionen Wähler, das sind 55,5 Prozent, schritten zur Wahlurne. Die zum Wahltermin in 525 Wahlkreisen durchgeführten Wahlen in 17 wurde wegen innerer Unruhen oder ungünstiger Witterungsverhältnisse später gewählt) brachten Frau Gandhi und ihre Partei erneut an die Macht, 63,36 Millionen Wähler, das sind 42,38 Prozent der abgegebenen Stimmen, wählten sie. Durch das in Indien herrschende Mehrheitswahlrecht erhielt sie allerdings bedeutend mehr Sitze im Parlament, nämlich 351 (plus 4 bei Nachwahlen), was 66,85 Prozent aller Sitze ausmacht. In diesem Maße gesehen erweist sich das als „massiv“ gefeierte Mandat des Volkes durchaus nicht als so eindeutig, denn aufgrund der geringen Wahlbeteiligung ergibt sich, daß nur ein knapper Viertel der indischen Wahlberechtigten für den INK-I gestimmt haben. 3) Weit zurück blieben die Lok Dal mit 41 Sit-

1) 1978 spaltete sich eine Gruppe von Indischen Nationalkongreß unter Führung von Devraj Urs ab, die jetzt meist unter der Abkürzung INK-U oder INK (U) erscheint, während der von Frau Gandhi geleitete Kongreß die Abkürzung INK-I oder INK (I) hat.

2) Übrigens war auch die Wahlniederlage von Frau Gandhi 1977 nach 12 Jahren Regierungszeit gar nicht so groß, denn die Kongreßpartei war damals immerhin auch von 85,2 Millionen Wählern (= 34,5 Prozent) bei 188,92 Millionen abgegebenen Stimmen gewählt worden, was ihr aber nur 153 Sitze (= 14 Prozent der Parlamentssitze) einbrachte.

3) Diese Bundesstaaten sind: Bihar, Gudscharat, Madhya Pradesh, Maharsashtra, Orissa, Pandschab, Radschasthan, Tamilnadu und Uttar Pradesh.

4) CPI ist die Communist Party of India und CPI (M) = Communist Party of India (Marxist) die Bezeichnung der kommunistischen Partei, die sich 1964 von der ersten abspaltete.

Dr. M. Gatzlaff/Dr. A. Krause,  
Sektion ANW

## Argumente, die wir brauchen